

12.26

**Abgeordnete Marianne Gusenbauer-Jäger** (SPÖ): Danke für die Vorschusslorbeeren.

Herr Präsident! Herr Rechnungshofpräsident! Hohes Haus! Der Bericht des Rechnungshofes zum Finanzausgleich macht natürlich vieles deutlich, sagt aus, wie das Geld vom Bund an Länder und Gemeinden verteilt wird.

Die Gemeinden sind der Lebensraum der Menschen, die Kommunen erbringen unentbehrliche Leistungen für die Daseinsvorsorge. Sie sorgen für Investitionen in die lokale Wirtschaft und sind auch große und unentbehrliche Arbeitgeber.

Der Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist für die Gemeinden die finanzielle Grundlage. Die Gemeinden und die Länder haben kaum eigene Steuern oder Abgaben einzuheben, deswegen ist natürlich das Geld aus dem Finanzausgleich etwas ganz Wichtiges.

Die Autonomie der Kommunen wird allerdings durch ihre Abgaben, durch die hohen und immer steigenden Abgaben entsprechend eingeschränkt. Man bedenke, dass die Transfereinnahmen in einem Zehn-Jahres-Vergleich – ich muss mich sehr kurz halten – um 28 Prozent und die Ausgaben der Gemeinden um sage und schreibe 58 Prozent gestiegen sind!

Daher kann man die Angaben und die Forderungen des Rechnungshofes natürlich nur unterstützen. Ich sage deswegen auch, dass allen voran jetzt der aufgabenorientierte Finanzausgleich stehen muss. Es muss weiters eine Entflechtung der Transferzahlungen geben.

Der Finanzausgleich muss einfacher, transparenter und aufgabenorientierter sein. *(Abg. Moser: Ja bitte, machen Sie es!)* Das könnte unter anderem durch die Erhöhung der Grundsteuer – das ist ein schwieriges Unterfangen – und durch die Entflechtung der Transferzahlungen ermöglicht werden.

Meine Idee – und das, denke ich, wäre ein erster Schritt in Richtung Aufgabenorientierung – wäre, dass die Kinderbetreuung als Pilotprojekt aufgabenorientiert dargestellt werden könnte. Im Finanzausgleich sind ja ohnehin Mittel für die Kinderbetreuung vorgesehen. Diese Mittel könnten gleich direkt – nicht über den Umweg der Länder – zu den Gemeinden gegeben werden, die ja ohnehin die Verantwortung haben, die Verantwortung auch wahrnehmen und sehr gut wahrnehmen.

Ich hoffe, dass einige dieser Überlegungen in die Finanzausgleichsverhandlungen einfließen. Dann können die Kommunen das Beste für die Menschen in ihrer Gemeinde leisten. – Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

12.29

**Präsident Karlheinz Kopf:** Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Schittenhelm. – Bitte. *(Abg. Auer: Auch eine erfahrene Bürgermeisterin!)*